vinetur

Kanadas Senat lehnt Gesetzentwurf zu Krebswarnhinweisen auf Alkohol ab

Das Votum mit 39 zu 31 Stimmen stoppt einen viel beachteten Vorschlag, der zum Vorbild für Alkoholkennzeichnungen in anderen Ländern hätte werden können

Donnerstag, 26. November 2026



Der kanadische Senat stimmte am Dienstag, dem 24. November, mit 39 zu 31 Stimmen gegen den Gesetzentwurf S-202. Dieser hätte Krebswarnhinweise auf alkoholischen Getränken vorgeschrieben und Kanada in den Mittelpunkt einer viel beachteten Debatte über die öffentliche Gesundheit gerückt.

Das Votum blockiert vorerst einen der sichtbarsten Vorstöße in einem großen Markt, Krebswarnhinweise auf Alkohol-Verpackungen verpflichtend einzuführen. Der Vorschlag hatte auch über Kanada hinaus Bedeutung, da eine Kennzeichnungsvorschrift dieser Art als Vorbild für ähnliche Kampagnen in anderen Ländern hätte dienen können. Auch für die Getränkeindustrie, darunter Wein-, Bier- und Spirituosenhersteller, war die Vorlage relevant: Neue Kennzeichnungspflichten hätten Unternehmen gezwungen, ihre Verpackungen neu zu gestalten und zusätzliche Kosten für die Einhaltung der Vorschriften in Kanada zu tragen. Möglicherweise hätte sich dies auch auf Exporteure ausgewirkt, die den kanadischen Markt beliefern.

Senator Patrick Brazeau brachte den Gesetzentwurf erstmals im November 2022 ein. Dem Bericht über den Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zufolge dankte er bei der Vorstellung fünf Forschern, darunter Tim Stockwell und Dr. Timothy Naimi vom Canadian Institute for Substance Use Research an der University of Victoria. Brazeau sagte damals, Alkohol nehme im öffentlichen Leben eine besondere Stellung ein, weil sich hartnäckige Mythen über den Alkoholkonsum hielten. Dazu zähle die Annahme, kleine Mengen Rotwein seien gesundheitsfördernd.

Die ursprüngliche Fassung des Gesetzentwurfs verfiel im Januar 2025. Brazeau brachte ihn im Mai 2025 erneut ein. Später erhielt die Vorlage Unterstützung von Befürwortern einer strengeren Alkoholkontrolle, die argumentierten, dass deutlichere Gesundheitshinweise auf Etiketten nötig seien.

Bei Anhörungen im Oktober 2025 sprachen sich Catherine Paradis vom Regionalbüro für Europa der Weltgesundheitsorganisation sowie Stockwell und Naimi für den Gesetzentwurf aus. Befürworter von Warnhinweisen argumentieren, dass gut sichtbare Gesundheitshinweise, ähnlich wie auf Tabakprodukten, das öffentliche Risikobewusstsein verändern und zugleich die Unterstützung für weitere Maßnahmen zur Alkoholkontrolle stärken können. Dazu gehörten höhere Steuern und strengere

Beschränkungen der Verfügbarkeit.

Nach der Abstimmung waren die Gründe für das Scheitern des Gesetzentwurfs nicht vollständig klar. Die Debatte im Senat vor der abschließenden Entscheidung machte jedoch deutlich, dass Uneinigkeit nicht nur über die wissenschaftliche Evidenz zu Alkohol und Gesundheitsrisiken bestand, sondern auch darüber, ob das Parlament der richtige Weg für eine solche Änderung sei.

In der Debatte zur dritten Lesung im Oktober sagte Senator Duncan Wilson, er bestreite nicht, dass Alkohol Gesundheitsrisiken bergen könne, darunter Zusammenhänge mit bestimmten Krebsarten. Zugleich erklärte er dem Senat, andere Studien hätten einen Zusammenhang zwischen geringem oder mäßigem Alkoholkonsum und besseren Ergebnissen bei Lebenserwartung und Herzgesundheit festgestellt. Wilson verwies auf eine vom American College of Cardiology veröffentlichte zehnjährige Studie mit mehr als 340.000 Erwachsenen. Seiner Darstellung zufolge ergab die Studie, dass hoher Alkoholkonsum das Sterberisiko erhöhte, während mäßiger Weinkonsum im Vergleich zu selten oder gar nicht Trinkenden mit einem um 21% geringeren Sterberisiko durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen verbunden war.

Dieses Argument wurde Teil einer umfassenderen Auseinandersetzung darüber, wie Gesetzgeber bei der Alkoholkennzeichnung vorgehen sollten. Einige Senatoren vertraten die Ansicht, dass eine solche Kennzeichnungspflicht, falls Kanada sie einführen wolle, über das Regulierungsverfahren der Regierung und nicht über einen im Parlament eingebrachten Gesetzentwurf geregelt werden sollte. Das bedeutet, dass die Abstimmung im Senat die Debatte über Alkoholwarnhinweise in Kanada nicht unbedingt beendet, auch wenn sie S-202 selbst stoppt.

Für die Kampagnen, die Krebswarnhinweise direkt auf Alkoholbehältern fordern, ist das Ergebnis dennoch ein Rückschlag. Ein kanadisches Gesetz hätte wahrscheinlich weit über das Land hinaus Gewicht gehabt, da sich Befürworter einer strengeren Alkoholpolitik häufig auf die Gesetzgebung einzelner Länder berufen, um ähnliche Maßnahmen andernorts zu unterstützen. Das Scheitern von S-202 erschwert diesen Weg kurzfristig und verhindert vorerst verpflichtende Änderungen der Warnhinweise für Alkoholhersteller, die in Kanada verkaufen.